



RÖSLER-Interview für die "Augsburger Allgemeine"

RÖSLER-Interview für die "Augsburger Allgemeine"

Der FDP-Bundesvorsitzende Bundeswirtschaftsminister DR. PHILIPP RÖSLER gab der "Augsburger Allgemeinen" (Mittwoch-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Stefan Stahl:
Frage: Herr Rösler, die harte Wahlkampfzeit mit vielen Terminen beginnt und Sie wirken entspannt wie lange nicht mehr, sind braun gebrannt. Woher rührt diese neue Gelassenheit?
RÖSLER: Ganz einfach: Ich habe gerade mit meiner Frau und meinen Kindern im deutschen Ostseebad Boltenhagen zwei Wochen Urlaub gemacht. Es war wunderschön. Aber jetzt geht es wieder richtig los.
Frage: Und was denken die Wähler im Strandkorb, etwa über die Tatsache, dass wir systematisch vom US-Geheimdienst ausspioniert werden?
RÖSLER: Die Bürger im Strandkorb an der Ostsee, mit denen ich gesprochen habe, sehen das realistisch: Sie zeigten sich nicht überrascht, dass Geheimdienste abhören. Wir als FDP verlangen aber, dass dabei Recht und Gesetz gewahrt werden. Und wir setzen uns dafür ein, dass auf europäischer wie auch auf UN-Ebene die Privatsphäre der Menschen besser geschützt wird. Die Amerikaner definieren leider die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit anders, als wir Liberale das tun. Für uns heiligt der Zweck nicht alle Mittel.
Frage: Wie empört sind Sie über das Verhalten der Amerikaner?
RÖSLER: Ich halte nichts von der Empörungshaltung, die jetzt die Opposition an den Tag legt. Die ist gerade von Rot-Grün heuchlerisch und überzogen.
Frage: Vielleicht gelingt es ja, Ihnen zumindest beim Thema Solidaritätszuschlag trotz der im Urlaub gewonnenen Gelassenheit ein wenig Empörung zu entlocken. Hat FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle recht, wenn er den Soli einen "Fremdkörper" nennt?
RÖSLER: In unserem Steuer- und Abgabensystem ist der Solidaritätszuschlag ein Fremdkörper, wie Rainer Brüderle richtig sagt. Wann sollen wir beim Solidaritätszuschlag den Anfang aus dem Ausstieg wagen, wenn nicht jetzt in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen. Wir sollten den Soli auslaufen lassen. Es war ja auch von vorneherein klar: Es gibt für den Soli keine Ewigkeitsgarantie.
Frage: Hier liegt ein handfester Konflikt in der Koalition vor. Kanzlerin Angela Merkel will am Soli festhalten. In ganz Deutschland seien dringend weitere Investitionen nötig. Wie wirkt sich das auf das Regierungsklima aus?
RÖSLER: (lacht): Das gute Klima in der Koalition wird durch diese sachliche Debatte nicht berührt. Die FDP steht als einzige Partei in Deutschland dafür, dass Steuern nicht erhöht werden. Im Gegenteil. Wir erarbeiten uns gemeinsam Spielräume, und dann wollen wir die Menschen entlasten. Irgendwann muss man sich daran erinnern, wozu der Soli eingeführt wurde, nämlich vor allem dazu, die Deutsche Einheit mitzufinanzieren. Im Übrigen gibt es bereits mit dem Länderfinanzausgleich ein Instrument der Solidarität in Deutschland.
Frage: Merkel will die Deutschen nach der Wahl mit finanziellen Wohltaten bedenken. Und Grüne und SPD träumen von Steuererhöhungen. Mit was will die FDP die Wähler beglücken?
RÖSLER: Mit Haushaltskonsolidierung. Alles hat sich diesem Ziel unterzuordnen. Unsere Strategie lautet: Nach einem strukturell ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2014 wollen wir 2015 keine neuen Schulden machen und 2016 Überschüsse erzielen. Dann stellt sich die Frage, wie wir die Bürger zusätzlich entlasten können. Hier unterscheiden wir uns von unserem Koalitionspartner. Rot-Grün aber will die Steuern erhöhen, um damit die Schulden der anderen Staaten in der EU zu bezahlen. Das ist mit uns nicht zu machen.
Frage: Damit der Bund Überschüsse erzielt, muss auch die Konjunktur mitspielen. Die Experten der Bundesbank zeigten sich zuletzt verhalten optimistisch. Kann Deutschland weiter der Krise trotzen?
RÖSLER: Es geht weiter aufwärts. Für das kommende Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 1,6 Prozent. Die Finanzmärkte haben wieder mehr Vertrauen gewonnen. Und auch die Unternehmer bleiben zuversichtlich. Derzeit könnte die Wirtschaft aber noch besser laufen. Wir könnten bessere Wachstumszahlen haben, wenn die Firmen wegen der Krise im südeuropäischen Euro-Raum nicht viele Investitionen zurückhalten würden. Das liegt an der Ungewissheit. Dabei erhalten die Firmen dank historisch niedriger Zinsen günstige Kredite für Investitionen.
Frage: Die EZB hat die Zinsen massiv nach unten geschraubt. Dennoch ist der Druck aus Ländern wie Frankreich groß, die Märkte mit noch mehr billigem Geld zu fluten. Wohin führt das?
RÖSLER: Es gilt die Unabhängigkeit der EZB. Dessen ungeachtet halte ich eine Politik des immer billigeren Geldes für falsch. Leider ist Deutschland mit noch wenig verbliebenen Verbündeten die letzte Bastion einer konsequenten Stabilitätspolitik. Billiges Geld ist wie süßes Gift. Anstatt diese leichtfertige Politik zu verfolgen und Geld zu drucken, sollten wir lieber europaweit unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern.
Frage: Und wie sieht es mit der Wettbewerbsfähigkeit der FDP aus, etwa auf dem harten liberalen Pflaster in Bayern?
RÖSLER: Sie sehen uns vor der Landtagswahl optimistisch. Wir sind nicht ins Scheitern, sondern ins Gelingen verliebt. Mir ist um den Wiedereinzug der FDP in den bayerischen Landtag und um den Erhalt der Regierungsverantwortung nicht bange, gerade mit einem Spitzenkandidaten Martin Zeil.

FDP im Deutschen Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030-227-52378
Telefax: 030-227-56143
Mail: pressestelle@fdp-bundestag.de
URL: <http://www.fdp-fraktion.de/>

Pressekontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Firmenkontakt

FDP-Bundestagsfraktion

11011 Berlin

fdp-fraktion.de/
pressestelle@fdp-bundestag.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue

Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.